

Neue Freie Zeitung

In dieser Ausgabe:

Ein Pazifist als Verteidigungsminister.

Seite 6

FPÖ warnt vor Gentechnik und unterstützt
Anti-Gen-Plattformen.

Seite 6 und Seite 13

Nummer 3 vom Donnerstag, 18. Jänner 2007

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Wien € 0,80 GZ 02Z032878 W

Fotos: FPÖ



WIR halten WORT. Unter diesem Motto stand das Neujahrstreffen der FPÖ, welches am Sonntag in der Glaspiramide des Eventhotels in Vösendorf (Niederösterreich) stattfand. „Viele Menschen sind sowohl von SPÖ als auch von ÖVP betrogen worden“, so der FP-Chef HC Strache bei seiner Rede vor knapp 3.000 Sympathisanten. Die FPÖ wird das klare Angebot an alle Österreicher sein, die die rot-schwarze Regierung enttäuscht hat – und das als einzige kompromißlose Kontrollpartei.

>>> Bericht Seiten 7 und 10, Bildbericht Seiten 8 und 9

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Wien; € 0,8; GZ 02Z032878 W

Lahme Eingreiftruppe

Auf 167 Seiten kann man nachlesen, was SPÖ und ÖVP nicht zusammengebracht haben, nämlich ein Regierungsprogramm.

Phrasen und Platitüden aber keine Ansätze für die Lösung der drängenden Probleme der Österreicher. In den Kapiteln Arbeitsmarkt, Kriminalität, Asyl oder EU finden sich lediglich Beruhigungs- oder Aufmunterungsparolen an die Österreicher.

Für sich selbst haben rot und schwarz nur vage Vorgaben formuliert, sich die Latte nicht all zu hoch zu legen. Das schafft ein ruhiges Arbeitsklima für die Politiker aber keine Verbesserungen für die Bürger.

Konkret ausformuliert wurden einzig die Belastungen, wie Mineralölsteuer- und Krankenkassenbeitragserrhöhung, mit denen die

Ein Nichtprogramm von Andreas Ruttinger

große Koalition den Österreichern an die Brieftasche rücken will. Und darüber schwebt die Drohung, alle Abgaben und Gebühren – darunter fällt auch die Vignette – automatisch an die Inflation anzupassen, sprich eine permanente Aussackelei der Bevölkerung.

Bei der Präsentation des Programms war noch von „bewahren und verändern“ die Rede. Im Papier selbst finden sich nur beruhigende Ansätze. Von Veränderungen – ausgenommen natürlich bei Belastungen – ist wenig zu lesen.

Ein Papier des Stillstands, ein Nichtprogramm. Weshalb dann überhaupt eine große Koalition?

Die Wähler haben sich eine soziale Abfederung der neoliberalen Hochgeschwindigkeitsreformen gewünscht. Aber SPÖVP haben diesen Wählerauftrag beiseite geschoben und sich fürs Aussitzen entschieden. Beide erhoffen sich eine Klärung der Pattstellung zu ihren Gunsten bei der nächsten Wahl. Die wird also sicher nicht erst 2011 stattfinden.

■ Die Anhörungen zum Skandal um den insolventen Wertpapierdienstleister AMIS im Banken-Untersuchungsausschuß haben beim freiheitlichen Ausschußvorsitzenden Martin Graf die Alarmglocken schrillen lassen: „Mit den derzeitigen Kontrollmitteln der Finanzaufsicht und ihrer derzeitiger Arbeitsauffassung ist ein Fall AMIS jederzeit wieder möglich.“

Dies vor allem, weil die internationale Zusammenarbeit in der globalisierten Finanzwelt nicht einmal in der EU funktioniere. So habe die Amtshilfe im Ausland nicht umgesetzt werden können. So seien die Produkte in Österreich beworben und verkauft, die Kundengelder aber von einer De-

potbank in Luxemburg verwaltet worden.

Die Finanzaufsicht hätte wegen mindestens drei Verdachtsmomenten schon früher reagieren



FPÖ-Graf: Mit der Ausgliederung wurde die FMA nicht moderner und effektiver.

müssen, meinte Graf: Für die Bilanz 2004 sei nur ein eingeschränkter Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers erteilt worden; in den Jahren 2000 und 2001 habe die FMA selber Strafverfahren eingeleitet; die Einhaltung der erteilten Auflagen sei viel zu spät überprüft worden.

„Gerade weil Wertpapierdienstleister nur in geringem Ausmaß reglementiert sind, muß in Zukunft beim Auftauchen erster Verdachtsmomente strenger kontrolliert werden“, forderte Graf. Der Gesetzgeber sei hier gefordert. Graf: „Der Finanzminister hat mit der Schaffung der FMA keine moderne Finanzpolizei geschaffen, sondern nur eine lahme Eingreiftruppe.“

Abfangjäger ohne Konzept



18 Flieger, aber keinen Plan. Die Luftraumüberwachung wird zum Glücksspiel.

■ Nicht nur, daß der (T)Eurofighter die kostenintensivste Variante für Österreich darstellt, mit den 18 geplanten Jets ist nicht einmal die lückenlose Sicherheit gewährt. FPÖ-Wehrsprecher Fichtenbauer stoßen diese Umstände sauer auf. Er nahm die Meldung von Ex-Brigadier Josef Bernecker im Eurofighter-Untersuchungsausschuß zum Anlaß, die Beschaffung der Abfangjäger zu thematisieren. Denn Berneckers Aussage habe klargestellt, daß 24 Abfangjäger die Untergrenze darstellten, und zwar völlig unabhängig von der Typenwahl.

Mit weniger Flugzeugen könne das Heer seinen Auftrag nicht erfüllen. Dieser ergebe sich aus

der geltenden Verteidigungsdoktrin, die auf den internationalen Verpflichtungen Österreichs basiere, etwa den Petersberger Beschlüssen und den Neutralitätsverpflichtungen.

Fichtenbauer verwies darauf, daß die Entscheidung für 24 Abfangjäger durch den Rechnungshof äußerst genau überprüft und als vollständig richtige Entscheidung bestätigt worden sei. Bei der seinerzeitigen „Hochwasserentscheidung“, nämlich von 24 auf 18 Flugzeuge umzusteigen, habe es sich um eine politische Willkürmaßnahme gehandelt. Diese sei ohne jegliche Bedachtnahme auf die sicherheitspolitischen Interessen Österreichs getroffen worden.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz.

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung, 1060 Wien, Theobaldgasse 19, 4. Stock. Geschäftsführung: Herbert Kickl. Leitender Redakteur: Andreas Ruttinger. Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung, Vertrieb, Anzeigenannahme, Abo-Abteilung: 1060 Wien, Theobaldgasse 19, 4. Stock. Tel.: 01 / 512 35 35-311, Fax: 01 / 512 35 35-412, e-Mail an die Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at, e-Mail an die Verwaltung: robert.lizar@fpoe.at.

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien. Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis € 0,80. Bezugsgebühr für ein halbes Jahr: € 15,30 (inkl. 10 % MwSt); Auslandsjahresbezug: € 73. Postscheckkonto 1855.450; BA-CA Kontonr.: 602 574 105. Es gilt NFZ-Anzeigenpreislise Nr. 16. Verlags- und Herstellungsort: Wien. Grundlegende Richtung: Zentralorgan der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen.

Gusenbauers erster Bußgang

Demonstrationen bei der Angelobung und fortgesetzte Kritik am Parteichef jenseits der Peinlichkeitsgrenze

■ Die Geister, die die SPÖ im Jahre 2000 rief, haben sich nun gegen sie selbst gerichtet: Demonstrationen seit Bekanntwerden des Um-

fallers im Regierungsübereinkommen, Besetzung der Parteizentrale und ein ungemütliches Aufweck-Ständchen am Angelobungstag

Zwar gaben sich die Angelobungsdemonstranten diesmal „friedlicher“ als vor sechs Jahren, als die Regierung sicherheits- halber unterirdisch zu Bundesprä- sident Klestil vordringen mußte.

Aber auch diesmal bekamen die zum Schutz abkommandierten Polizeibeamten Eier und Farb- beutel ab, während die rot- schwarzen „Verräter“ mit wenig schmeichelhaften Sprechchören aus über 2.000 Kehlen auf ihrem Weg zum Staatsoberhaupt be- gleitet wurden.

Der Versuch, die Nachtruhe des Kanzlers von ÖVP-Gnaden mit Geplärre vor dem Haus

vorzeitig zu beenden, war nur für dessen Nachbarn eine Qual. Gusenbauers Wohnung liegt nämlich hofseitig und war vor dem Lärm geschützt.

Parteiinterne Kritik weckt sogar dahinsiechenden ÖGB auf

Aber auch die friedlichere Kritik aus den eigenen Reihen am „Lügenkanzler“ – so ein Trans- parent der Demonstranten – Gusenbauer ist auch nach seiner An- gelobung am Donnerstag nicht abgerissen. Selbst der schuldenge- plagte und von der BAWAG- Pleite zerrüttete ÖGB wagte sich aus dem Schamwinkel. Man sei „äußerst unglücklich“ über die Handhabung bei den Studienge- bühren, erklärte ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer, immerhin ein Intimus von Wiens Bürger- meister Häupl. In diesem Zu- sammenhang „erinnerte“ der ÖGB-Präsident daran, daß der nied-

rigste Stundenlohn im Sozialbe- reich bei 7,20 Euro liege. Echt handzahn.

„Sehr traurig“ sei man auch darüber, daß die Steuerreform erst 2010 kommen solle und daß die unbefristete Verlängerung der „Hacklerregelung“ bei den Pen- sionen nicht durchgesetzt werden konnte. Diese soll wie geplant 2010, also im Jahr vor der nächsten Nationalratswahl, aus- laufen. Von Protesten des ÖGB war keine Rede, denn die Mittel dafür, den Streikfonds, hat man ja in der Karibik versenkt.

Von den Landespartei chiefs geben sich die aus der Steiermark und Oberös- terreich, Landes- hauptmann Voves bzw. Erich Haider, weiter aufmüpfig. Haider etwa

konnte es sich nicht erklären, wie man das Verhandlungsergebnis „als Erfolg verkaufen“ könne. Und Voves quälte seinen Par- teichef bei der Frage der Posten- besetzung am Telefon bis zur un- freiwilligen Komik in aller Öffent- lichkeit.

Landeschefs kritisieren Gusenbauers Alleinentscheidungen

„Ich halte im 21. Jahrhundert nichts mehr von einer Gläubigkeit an den Vorsitzenden“, setzte Voves diese Woche nach, weil Gusenbauer Fragen wie Eurofighter, Studiengebühren und Ressorts im Alleingang entschieden habe.

Fortsetzung folgt sicherlich, bis zum ersten daraus entste- henden Koalitionskrach. Und Schüssel lacht sich ins Fäustchen.



Ignoranz gegenüber Gentechnologie

■ „Dem Thema Gentechnologie, widmet das an Substanz ohnehin arme rot-schwarze Regierungsprogramm einen stolzen Siebenzeiler“, reagierte FPÖ-Umweltsprecher Norbert Hofer enttäuscht. Immerhin versehen unabhängige Experten das Potential der Gentechnik mit Begriffen wie „Landschaftsverwüstung, Besitzeinteignung und Saatgut-Sklaverei bis zur unwiderruflichen, globalen Nahrungsmitteldiktatur“.

Das Regierungsprogramm bekenne sich dazu, die „Gentechnikfreiheit weiter absichern“ zu wollen über „funktionierende Koexistenzregelungen auf europäischer Ebene“. Ein glatter Widerspruch, wie der jüngste Entscheid der Landwirtschaftsminister zeigte. Diese haben den Grenzwert für gentechnische Verunreinigungen von biologischen (!) Produkten auf das Neunfache des bisher in Österreich gültigen Wertes angehoben. Hofer: „Ein Umfaller mit Ansage.“

Neue Regierung, alte Zöpfe

■ „Für die Wirtschaft ist dieses Regierungsprogramm weder innovativ noch zukunftsweisend“, zeigte sich nicht nur der FPÖ-Industrie- und Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl, sondern auch der unabhängige Gewerbeverein enttäuscht.

Es sei, so Themessl, zwar an vielen Stellen zu lesen, daß der Faktor Arbeit entlastet und die Beschäftigung weiter forciert werden solle. Doch umgesetzt werde genau das Gegenteil, wie die 0,15-prozentige Erhöhung der Krankenkassengebühren. Das sei eine Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber und werde auch die Motivation der Klein- und Mittelunternehmen nicht heben, neue Mitarbeiter einzustellen.

Da neben der Erhöhung der Mineralölsteuer sämtliche Gebühren – wie die Vignette – künftig jedes Jahr automatisch an die Inflation angepaßt werden sollen, befürchtet Themessl Schlimmes: „Durch diese Maßnahme sind Handelsreisende, Ver-

treter und Marktstandler massiv von der Belastungsoffensive der Regierung betroffen.“

Für die Transportwirtschaft komme es durch die Lkw-Mauterhöhung noch schlimmer. Diese treffe schlußendlich aber auch alle Österreicher über entsprechende Preisanhebungen, warnte der FPÖ-Wirtschaftssprecher. Da sei



Bernhard Themessl: Abgabenerhöhung nur ein Vorgeschmack auf Künftiges?

die Senkung der Kfz-Steuer nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. „Insgesamt wird im Regierungsprogramm an alten Zöpfen festgehalten und neue innovative Konzepte werden erst gar nicht angediskutiert geschweige denn ausprobiert“, resümierte Themessl.

Zu diesem Schluß kommt auch der Österreichische Gewerbeverein. Dieser hoffe, daß die Regierung „im Dschungel der Verwaltung, des Proporz und der Pfründe nicht die Orientierung hin zu einer nachhaltigen Sanierung des Staates“ verliere.

Dessen Generalsekretär Blahut bezeichnet das Regierungsprogramm als Reflex aus alten Tagen einerseits nach Steuer- und Abgabenerhöhungen zu greifen, auf Verbesserungen zu verzichten und das Sparpotential des Bundes „mit nabehiven 30 Millionen Euro“ anzuvisieren. Damit bleibe „fraglich, ob es diese große Koalition schaffen wird, das Pfründe- und Proporzdenken ad acta zu legen.“

Ein Pazifist als Verteidigungsminister

■ Bei der Auswahl der Verteidigungsminister hat die große Koalition ihre wahre Zuneigung zur Landesverteidigung und zum Bundesheer nicht gerade unter den Scheffel gestellt.

Zur Erinnerung: die beiden letzten großkoalitionären Verteidigungsminister waren Robert Lichal und Werner Fasslabend. Beide ohne Heereserfahrung, da Erster als ein „weißer Nachkriegsjahrgang“ nicht einberufen und sein Nachfolger für untauglich befunden worden war.

Kuriose Beschaffungsvorgänge bis heute nicht geklärt

Aufgefallen sind beide jedoch mit kuriosen Beschaffungsvorgängen. Lichal hat die damals

bei der schwedischen Armee schon in der Ausmusterung stehenden Draken geordert, und Fasslabend – entgegen den ausdrücklichen Wunsch der Heerespitze – eine Panzerarmada, die nicht ins Landesverteidigungskonzept paßte.

Minister, der Anwendung von Gewalt glaubhaft machen mußte

Jetzt folgt mit Norbert Darabos gar ein überzeugter Pazifist. Denn zu seiner Zeit, mußte man unter Eid schwerwiegende Gewissensgründe gegen den Dienst mit der Waffe glaubhaft machen, um ersatzweise den Zivildienst ableisten zu können.

Und nun soll Darabos jenem Ressort vorstehen, dessen letztes

Mittel die Anwendung von Waffengewalt ist, und er als Minister gegebenenfalls Einsatzbefehle geben, die anderen Menschen die Anwendung von Waffengewalt auftragen.

Bedenkliches Signal

Für FPÖ-Wehrsprecher Peter Fichtenbauer ein „bedenkliches Signal“, das von vielen Heeresangehörigen als Provokation empfunden

werden könnte: „Ich hoffe, für das Heer, Darabos kann diese Zweifel ausräumen.“

Im Heer macht bereits das Gerücht die Runde, daß jetzt die Eurofighter „aus Gewissensgründen“ abbestellt werden. Oder reiht sich Darabos mit deren Beschaffung doch noch in die Riege seiner Vorgänger ein?



Das Schaf im Wolfspelz oder doch umgekehrt? Zivildienstler Darabos in der Zwickmühle.

Brüssel: Mehr Atomstrom!

FPÖ fordert Ausbau erneuerbarer Energie um Österreichs Importabhängigkeit zu reduzieren

■ Vergangenen Mittwoch hat die EU-Kommission ihre Energiestrategiepapier vorgestellt und Österreichs Anti-Atompolitik eine Watschen erteilt. Nach Lippenbekenntnissen zum Ausbau alternativer Energie folgte eine Lobeshymne auf die Kernenergie in bisher unbekannter Weise: das sei die „kostengünstigste“ Stromerzeugung, ohne die Umwelt durch Treibhausgase zu belasten und könnte auch die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten verringern, frohlocken die Brüsseler Energievordenker. Herhalten muß für das strahlende Lob ein von der Kommission skizziertes Horrorszenerario als Folge des bevorstehenden Klimawandels in Europa: Unwetterkatastrophen in Südeuropa und Ernteausschläge in Mitteleuropa.

Also warnte Brüssel eindringlich vor dem von einigen Ländern ins Auge gefaßten Ausstieg aus der Atomenergie.

Also warnte Brüssel eindringlich vor dem von einigen Ländern ins Auge gefaßten Ausstieg aus der Atomenergie.

Tschechien sieht sich bestätigt, die Regierung in Wien schweigt

Zusätzliches Pech für Österreich: Im Papier wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die EU-Länder weiterhin selbst über die Wahl ihrer Energieformen entscheiden sollen. Also wird Brüssel im österreichisch-tschechischen Streitfall Temelin sicherlich nicht für Österreich Stellung beziehen.



Erfolg für Europas Atomlobby: Atomstrom soll Treibhauseffekt reduzieren helfen, während erneuerbare Energie, wie von der FPÖ gefordert, vernachlässigt wird.

Und Tschechien bleibt bei Temelin hart, ungeachtet des „Melker Protokolls“.

Der neue tschechische Außenminister Karl Schwarzenberg sah keine Notwendigkeit ein internationales Schiedsgericht anzuerkennen. „Umweltminister Pröll soll unverzüglich klare Worte zu Tschechiens Vorgangsweise finden“, forderte Niederösterreichs Landesparteiobfrau Barbara Rosenkranz.

Mit der offiziellen Inbetriebnahme Temelins handle es sich um eine eindeutige Verletzung der Vereinbarung, Pröll sollte daher unverzüglich dem im Nationalrat einstimmig angenommenen Antrag nachkommen und alle verfügbaren Rechtsschritte, insbesondere eine Völkerrechtsklage gegen Tschechien einleiten, forderte Rosenkranz.

Während die Koalition zum

Brüsseler Atomstromvorstoß bisher schwieg, forderte die FPÖ prompt Maßnahmen zum Abbau der Energieabhängigkeit. FPÖ-Umweltsprecher Norbert Hofer kritisierte, daß im Regierungsabkommen lediglich eine Verteilung der Abhängigkeiten, über die geplante „Nabucco“-Gaspipeline, aber kein Abbau derselben vorgesehen sei.

Die 4,6 Milliarden teure Pipeline aus dem Kaukasus laufe über die Türkei und Rumänien nach Wien und stelle letztendlich die Eintrittskarte der Türkei in die EU dar, kritisierte Hofer.

FPÖ: EU-Gelder für Ausbau erneuerbarer Energie in Österreich einsetzen

„Wir müssen die in Österreich reichlich vorhandenen Ressourcen nutzen und das Projekt eines energieautonomen Österreich angehen“, forderte der FPÖ-Umweltsprecher. Österreich habe das große Glück, nicht nur auf Wind- und Sonnenenergie, sondern auch auf Wasserkraft und Biomasse zurückgreifen zu können. Deren Ausbau müßte EU-Förderungen für erneuerbare Energie vorangetrieben werden. „Das würde zugleich auch den Nettobeitrag Österreichs senken, der ohnehin massiv angestiegen ist – und mit dem über EURATOM die EU-Kernkraft-Lobby mitfinanziert wird“, wies Hofer hin.

Brief aus Brüssel



Schwarzer Linksüberholer

Von Andreas Mölzer, Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausgerechnet Othmar Karas, der Schwiegersohn von Altbundespräsident Kurt Waldheim, der seinerzeit selbst Opfer des linken Tugendterrors geworden war, stellt sich nun offenbar an die Spitze der politisch korrekten Moralwächter. Denn der ÖVP-Delegationsleiter im Europaparlament kündigte an, daß es keine Zusammenarbeit und keine Berührung mit der neuen Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ geben werde. Im Umgang mit Kommunisten und Marxisten aller Schattierungen in den Fraktionen des EU-Parlaments zeigt Karas dagegen offenbar keinerlei Berührungssängste.

Außerdem stellt sich die Frage, wo nun eigentlich der Unterschied zwischen angeblich christdemokratisch-konservativen Politikern wie Karas und den altbekannten Ausgrenzern vom ultralinken Rand liegt. Schließlich hörte man bisher Boykottaufrufe gegen Rechtsdemokraten und Patrioten nur aus grünen und kommunistischen Kreisen, die Karas nun offenbar links überholen will. Möglicherweise will sich nun der schwarze Europaabgeordnete, nachdem sein ehrgeiziger Plan, neuer Vorsitzender der EVP-Fraktion zu werden, kläglich gescheitert ist, als wackerer Kämpfer gegen den vermeintlichen Rechtsextremismus ein neues Betätigungsfeld suchen.

Salzburg: Gebührenlawine rollt weiter

■ Seit 2005 werden die Spitalskostenbeiträge in Salzburg jährlich erhöht. Grundlage ist eine seit zwei Jahren existierende Indexklausel im Krankenanstaltengesetz. Zwar ist für sozial schwache Menschen ein ermäßigter Tarif vorgesehen, der jedoch wegen zahlreicher bürokratischer Hürden kaum in Anspruch genommen wird. Darüber hinaus

bringe die jährliche Indexanpassung auch der anderen Tarife eine enorme Belastung für die Patienten mit sich. Vergangene Woche wollte die FPÖ im Landtag mittels eines Antrages die Senkung der Spitalskostenbeiträge auf das Niveau des Jahres 2005. Die Initiative wurde von der rot-schwarzen Koalition niedergeschmettert.

„Die Gebührenlawine rollt weiter“, kommentierte FPÖ-Klubobmann die Ablehnung des FPÖ-Antrages. Salzburg verbleibe mit der Ablehnung zur Senkung der Beiträge im österreichweiten Spitzenfeld. „In der Steiermark ist der ‚Normaltarif‘ gleich hoch, wie bei uns der ermäßigte“, so Schnell. Die bei der Reform des Salzburger Kran-

kenanstaltengesetzes im Jahr 2005 angekündigte soziale Staffelung habe sich als zahlos herausgestellt. „Im Vorjahr wurden nur 1.630 Euro nach Ansuchen auf einen ermäßigten Tarif bei den Landeskliniken rückerstattet“, so der FPÖ-Klubchef.

Die Landeskliniken nahmen im Vorjahr rund drei Millionen an Spitalskostenbeiträgen ein. „Davon

wurden nur 1.630 Euro zurückbezahlt. Es kann mir niemand erzählen, daß nicht mehr Menschen zumindest einen Anspruch auf einen ermäßigten Tarif gehabt hätten. Mittels der bürokratischen Hürden wurden höhere Rückerstattungen verhindert“, zeigt sich Schnell überzeugt.

Seit Anfang Jänner 2007 zahlt der Bürger pro Tag einen Kostenbeitrag von 8,10 Euro. Der ermäßigte Tarif liegt bei 6 Euro. Damit ist der ermäßigte Kostenbeitrag von 2005 bis 2007 um 28 Cent angestiegen. Der generelle Tarif lag im Jahr 2005 noch bei 7,82 Euro. „Durch die Beibehaltung der Indexklausel ist auch ein neuerlicher Anstieg der Spitalskostenbeiträge im nächsten Jahr garantiert“, so der Landtagsabgeordnete.

Drei Pressesprecher für sieben Abgeordnete...

■ ... gibt es nun beim BZÖ. In einer Aussendung am Samstag hieß es, daß das Kommunikationsbüro der Orangentruppe „Verstärkung“ erhält. Nimmere sollen sich drei Pressesprecher um die „starke Kommunikationsarbeit“ kümmern. Da das BZÖ bis auf sieben Nationalratsabge-

ordnete nirgendwo ein politisches Gewicht hat, bleiben den drei Pressesprechern sieben Abgeordnete und die Führungsfunktionäre. Ein Narr, der denkt, daß es sich um Versorgungsposten, bedingt durch den Regierungswechsel, handelt. Reiner Zufall eben... r.l.

Hauser: Osttirol hat gute Pistenverhältnisse!



■ In den meisten Ski-Regionen Österreichs schaut es wegen der warmen Temperaturen bei den Pisten und somit am Tourismussektor schlecht aus. Osttirol hat Schnee, doch es wird zu wenig gewonnen. FPÖ-Tourismussprecher und Tiroler NAbg. Gerald Hauser (Bild) ersucht die Tirol- und die Osttirol-Werbung um eine intensivere Bewerbung Osttirols.

Tempo 50 in Wien FPÖ fordert Rücknahme

■ Die beiden Wiener FPÖ-Gemeinderäte Herbert Madejski und Toni Mahdalik fordern die SPÖ auf, die „unsinnige Tempo-50-Beschränkung“ aufzuheben. Diese „Schikane“ habe im letzten Jahr nur zu mehr Stau und höhere Abgase geführt. Für 2007 fordert die FPÖ ein Ende dieses Spuks.



**Neue Freie
Zeitung**

BESTELLSCHEIN

1060 Wien, Theobaldgasse 19/4
Tel.: 01/512 35 35 - 314; Fax: 01/512 35 35 - 412
e-mail: robert.lizar@fpoe.at

Liebe Abonnenten! Unser jahrzehntealtes Datenverwaltungsprogramm wurde durch ein modernes besseres Programm ersetzt. Zukünftig sollten Sie nur mehr eine NFZ bekommen, falls die NFZ zusätzlich an alle Mitglieder der FPÖ österreichweit geschickt wird. Bitte geben Sie bei einer Neuanmeldung auch an, ob Sie Mitglied in einer freiheitlichen Landesgruppe sind! Wir planen für die Zukunft, daß ihr Abo auch automatisch in den Seniorentarif rutscht, wenn Sie ihr Geburtsdatum eintragen.

Ich bestelle die Wochenzeitung Neue Freie Zeitung zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,30 Jahrespreis € 30 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20
 Auslandsjahresbezug € 73

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-mail, Fax oder Postweg erfolgen muß. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bestellungen auch per E-Mail: robert.lizar@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Haus-Nr., Tür-Nr.)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____



FPÖ-Neujahrstreffen 2007

Strache: „Wir halten Wort, wir sind die einzige kompromißlose Kontrollpartei in Österreich!“

■ 2006 war für die FPÖ eines ihrer Schicksalsjahre. Doch spätestens seit dem Ergebnis der Nationalratswahl stand fest, daß sich die Freiheitlichen nunmehr wieder auf dem Erfolgsweg befinden. Die FPÖ konnte wieder Vertrauen gewinnen und ist mit 21 Abgeordneten im Nationalrat vertreten. „Wir sind wieder auf der Siegerstraße“, zeigte sich daher HC Strache zu Beginn seiner Rede

beim traditionellen Neujahrstreffen zufrieden. Rund 3.000 FPÖ-Anhänger in der Event-Pyramide geben ihm recht.

Angebot an enttäuschte SPÖ-Wähler
Tosender Beifall ist kontinuierlich während Straches eineinhalbstündiger Rede zu hören, in der er zwar auch auf die föderalistischen Strukturen der Freiheitlichen und die wiedergewonnene Einbindung

aller Landesgruppen verwies. Doch wenn der FPÖ-Chef treffsicher die erst vor kurzem angebotene Bundesregierung kritisierte, war kaum ein Zuhörer zu bremsen. Zu groß ist der Zorn vor allem auf die SPÖ und ihren Neokanzler Alfred Gusenbauer, der um jeden Preis regieren wollte und sich bis aufs letzte Hemd verkauft hat. Umso wichtiger ist die FPÖ in ihrer Rolle als einzige so-

ziale Heimatpartei. „Die SPÖ hat kein soziales Gewissen“, spricht Strache es offen aus. Arbeiter, Pensionisten, Studenten und viele Menschen mehr hätten in den letzten Wochen die Hoffnung gehabt, daß sich etwas ändere. „Diese Menschen sind heute bitterlich enttäuscht“, sagte Strache. Nachsatz: „Sie sind betrogen worden. Nun gibt es mit Gusenbauer den ersten ÖVP-Kanzler mit einem roten Parteibuch.“ Umso besser für die FPÖ, die vor dem Beginn ihrer Funktion als Kontrollpartei steht und in Österreich bis über 15 Prozent erreichen kann.

„Wir sind die einzige kompromißlose Kontrolle in Österreich“, betonte Strache. „Wir halten Wort.“ Keine andere Partei habe Wort gehalten. Alle anderen wollen nur immer wieder an den Futtertrog. „Wir haben uns nicht angebietert, weder vor noch nach der Wahl.“ Auf die soziale Österreichpartei FPÖ kann man bauen, „das wissen die Menschen. Die rot-schwarzen Kapriolen sind noch absurder als die Wetterkapriolen, konstatiert der FPÖ-Mann.

>>> Fortsetzung Seite 10





Straches erstes „Neujahrs-Baby“

FPÖ-Neujahrstreffen in Bildern

Fotos: FPÖ

>>> Fortsetzung von Seite 7 Fest steht, daß lediglich die FPÖ als einzige Partei im Wahlkampf die Schicksalsfragen für Österreich angesprochen habe. Und geade deshalb sei sie den Mächtigen wieder ein Dorn im Auge, als einzige soziale Heimatpartei.

Sozialstaat sicherstellen

Die Sozialdemokratie nämlich sei heute nur mehr ein „morbides Konstrukt“. Der erst kürzlich zum Kanzler aufgestiegenen Gusenbauer spiele das inhaltliche Double Grassers. Was der FP-Chef damit meint? „Statt einer Grundsicherung soll der Bundeskanzler darauf schauen, daß die Menschen ein anständiges Gehalt bekommen!“

Auch von der Pensionspolitik von SPÖ und ÖVP weiß der FPÖ-Chef nichts Gutes zu berichten.

Beide Großparteien hätten die Pensionisten verraten. Statt Fairness gebe es kapitale sozialpolitische Fouls. „Wir wollen den Sozialstaat sicherstellen, der in erster Linie für Staatsbürger dazusein hat.“ Strache forderte auch eine Entlastung der Familien und kritisierte die Belastung der Autofahrer. Kleine und mittlere Unternehmen müßten entlastet werden.

Sozialstaat sicherstellen

Gerade bei den für die FPÖ so wichtigen Fragen, wie die Probleme Zuwanderung und Kriminalität seien Lösungen im Regierungsprogramm überhaupt nicht angesprochen worden, bemängelt Strache. „Wir brauchen einen Zuwanderungsstopp“, betont er einmal mehr. Es sei Fünf nach Zwölf. Strache zeigte sich in diesem Zusammenhang erfreut über die Gründung des Vereins

HC's Neujahrssager

■ „Die Menschen sind heute bitterlich enttäuscht, weil sie von SPÖ und ÖVP betrogen wurden!“

■ „Die SPÖ hat das Verteidigungsministerium verdient, weil sie während der ganzen Verhandlungen vor der ÖVP ‚Hab acht‘ gestanden ist!“

■ „Wir sind die einzige kompromißlose Kontrolle in Österreich!“

■ „Wir halten Wort. Wir haben uns nicht angebietet, weder vor noch nach der Wahl!“

■ „Ich werde mein Wort niemals brechen! Lieber lasse ich mir den Kopf abschlagen!“

■ „Wir brauchen einen Zuwanderungsstopp. Wenn wir bei der Zuwanderung nichts ändern, sind wir in 20 Jahren die Fremden in unserer eigenen Heimat!“

■ „Der Halbmond hat in Österreich nur einen Platz, und der ist am Nachthimmel!“

■ „Wir wollen den Sozialstaat sicherstellen, der in erster Linie für Staatsbürger da zu sein hat!“

„Wenn wir hier nichts ändern, werden wir in zwanzig Jahren zu Fremden in der eigenen Heimat.“ Strache verwies auch auf die Ausländerkriminalität. Jeder straffällige Asylwerber müsse ohne Einspruchsmöglichkeit abgeschoben werden. Die Zuwanderung sei eine tickende Zeitbombe. Die Zeit der Beschwichtigungen müsse vorbei sein. „Das Abendland ist in Gefahr.“ Dessen große Geschichte und Kultur könne man nicht mirnixdirmix wegwerfen. „Der Halbmond hat in Österreich nur einen Platz, und der ist am Nachthimmel“, betonte Strache unter dem begeisterten Applaus der Anwesenden.

FPÖ weiter EU-kritisch

Geharnischte Kritik übte Strache auch an der EU. Alles werde verordnet, wer aufmuckt, werde niedergemacht. Die Antiraucher-Kampagne wies der FPÖ-Obmann schärfstens zurück. Es dürfe keinen Bevormundungsstaat geben. Die Bürgerrechte dürften nicht eingeschränkt werden.

„Wir glauben an diese FPÖ, wir glauben an Österreich“, betonte

Strache. Man werde auch in der Opposition das Beste für dieses Land leisten. „Ihr könnt euch auf mich verlassen. Ich werde unsere Weltanschauung nie verraten.“ Die FPÖ will wieder dritte Kraft im Lande werden.

Zusammenarbeit nur dann, wenn andere Parteien FP-Themen erfüllen

Eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien kann sich die FPÖ nur dann vorstellen, wenn folgende Punkte erfüllt werden. Direkte Demokratie und verbindliche Volksabstimmungen, Zuwanderungsstopp, Familienförderung, Armutsbekämpfung und Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei. „Wenn eine andere Partei nicht dazu bereit ist, kann sie kein Partner für uns sein.“

Das Neujahrstreffen habe jedenfalls gezeigt, daß die FPÖ endgültig wieder da sei, so der FPÖ-Chef in seinen Schlußworten: „Wir stehen zu unserer Weltanschauung“. Kameradschaft und Gemeinschaft müßten gelebt werden. „Wir müssen ehrlich zueinander sein und aufpassen, daß wir nicht das Geschäft der politischen Gegner erfüllen. Wir sind eine große Mannschaft mit tollen Persönlichkeiten.“

Ganz zum Schluß brachte Strache seine Zufriedenheit über das bisher Erreichte in der FPÖ zum Ausdruck: „Ich bin stolz, Obmann der FPÖ sein zu dürfen“, sagte Strache. „Ich habe in den letzten eineinhalb Jahren viel Verantwortung tragen müssen. Ihr habt mir dabei geholfen.“ Die FPÖ trage „Österreich zuerst“ im Herzen.



HC Strache beim Neujahrstreffen: Die FPÖ wird ihr Wort niemals brechen!

FPÖ OÖ: Ein Jahr Landesparteiobmann Lutz Weinzinger

■ Am 14. Jänner 2006 wurde Lutz Weinzinger mit 91,1 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Landesparteiobmann der FPÖ-Landesgruppe Oberösterreich gewählt. Nun zieht Weinzinger Bilanz über sein erstes Jahr als FP-Landesparteiobmann: „Die FPÖ Oberösterreich ist wieder gut aufgestellt, die Bezirks- und Ortsgruppen arbeiten hoch motiviert für die freiheitliche Sache. Die nötige Geschlossenheit und eine deutlich erkennbare Linie der freiheitlichen Politik haben uns beim Volksbegehren „Österreich bleib frei!“ erfolgreich gemacht und bei der Nationalratswahl im Oktober konnte die FPÖ Oberösterreich klar Platz drei in Oberösterreich behaupten.“

Mit überwiegender Mehrheit wurde am Landesparteiitag in Ried im Innkreis auch beschlossen, daß die FPÖ Oberösterreich wieder Teil der Bundes-FPÖ ist. „Gemeinsam mit der Bundes-FPÖ unter Bundesparteiobmann Heinz-Christian

Strache gestalten wir unsere Heimat. Wir machen freiheitliche Politik für Oberösterreich, Österreich und unsere Landsleute“, so Weinzinger.

Volksbegehren „Österreich bleib frei!“ In OÖ Ziel klar erreicht

Beim Volksbegehren „Österreich bleib frei!“ im März des Vorjahres konnte die FPÖ Oberösterreich klar das Ziel erreichen. Weinzinger: „Ich bin mit dem Ergebnis äußerst zufrieden. Mit 55.448 Unterschriften in OÖ haben wir das Ziel klar erreicht, es ist ein unmißverständlicher Auftrag für uns, darauf zu achten, daß Regierung und Parlament die Bürger mittels Volksabstimmung mitbestimmen lassen.“

„Die FPÖ Oberösterreich hat mit 12,43 Prozent klar ihr Ziel erreicht. Wir sind weiterhin drittstärkste Kraft im Land und haben den Abstand zu den Grünen vergrößert. Die Wähler haben am 1. Oktober eine Entscheidung für Österreich ge-



LPO Lutz Weinzinger beim OÖ. Landesparteiitag vor einem Jahr.

Weiter am freiheitlichen Weg

FPÖ DIE FREIHEITLICHEN OBERÖSTERREICH

troffen und sich dafür ausgesprochen, daß wir weiter Herr im eigenen Land bleiben!“, so Weinzinger zum Ergebnis der Nationalratswahl im Oktober. „Und eines ist klar: Das vorliegende Ergebnis ist ein deutlicher Auftrag für die FPÖ, weiterhin für unsere Heimat und unsere Bürger einzutreten.“

Fröhliche Urständ bei Proporz

Angesichts der nunmehrigen Großen Koalition warnte Weinzinger davor, „daß der Proporz und die Parteibuchwirtschaft wieder

fröhliche Urständ feiern. Die beiden Koalitionsparteien werden versuchen, die Republik Österreich wieder unter sich aufzuteilen. Es besteht die Gefahr, daß Führungspositionen, aber auch normale Dienstposten im öffentlichen Bereich, aber auch in den noch immer im staatlichen Einfluß befindenden Wirtschaftsunternehmen streng nach Proporz vergeben werden. Dagegen wird die freiheitliche Partei sowohl in den Landtagen als auch im Parlament in einer konstruktiven Oppositionsarbeit ankämpfen.“

FP wird Fehlentwicklungen aufzeigen

Politische Entscheidungen müssen in Zukunft in der Regierung und im Parlament gefällt werden und nicht in Parteisekretariaten. Es wird auch weiterhin Anliegen der FPÖ bleiben, die Fehlentwicklungen in der Zuwanderung aufzuzeigen, das Scheinasylantentum zu bekämpfen und für mehr Sicherheit für unsere Republik und seine Bürger einzutreten, schloß Weinzinger.

Klement zur Ortstafelfrage: Alles nur geklaut!

Sonderlandtagssitzung begrüßenswert, BZÖ übernimmt FPÖ-Forderung

■ „Die von Landeshauptmann Haider geplante Sonderlandtagssitzung ist begrüßenswert. Die FPÖ hat immer gefordert, daß alle im Kärntner Landtag vertretenen Parteien in der Ortstafelfrage zusammenarbeiten sollten“, erklärte der Kärntner FPÖ-NAbg. Dipl.-Ing. Karlheinz Klement. „Nachdem das BZÖ vergangene Woche schon beim Bettelverbot die FPÖ-Linie übernommen hat, schwenkt die orange Truppe nun auch in der Ortstafelfrage auf FPÖ-Linie ein. Offenbar gehen dem BZÖ die eigenen Konzepte aus, sodaß sie bei ihren Mitbewerbern die Ideen klauen müssen“, so der geschäftsführende Kärntner FPÖ-

Landesparteiobmann. Er begrüße auch die Forderung nach einer Minderheitenfeststellung, schließlich sei das eine der zentralen FPÖ-Forderungen in der Kärntner Ortstafelfrage, so Klement.

Konsens nur mit allen Parteien

Klement betonte nochmals, daß es eine wirkliche Konsenslösung nur dann geben kann, wenn alle im Kärntner Landtag vertretenen Parteien daran mitarbeiten. Man müsse möglichst rasch zu einer Einigung kommen, denn in der Sache sei mittlerweile große Eile geboten: „Die jüngsten Aussagen von SPÖ-Justizministerin Maria

Berger lassen befürchten, daß die neue Bundesregierung in der Ortstafelfrage über die Kärntner drüberfahren will. Doch aus



Wien ist noch selten etwas Gutes gekommen. Ein Diktat von außen ist für uns nicht akzeptabel.“ Der Volksgruppensprecher des freiheitlichen Parlamentsklubs appellierte vor allem auch an die SPÖ, sich einer in Kärnten ausgearbeiteten Lösung nicht zu verschließen. „Vergangenes Jahr ist ein Ergebnis in Griffweite gewesen, leider hat die SPÖ einen Rückzieher gemacht. Ich hoffe, daß sich Gaby Schaunig dieses Mal gegen ihre Kollegen von der Bundespartei durchsetzen wird, um zum Wohle Kärntens einen gemeinsam ausgearbeiteten Beschluß mitzutragen“, so Klement abschließend.

Lesermeinungen

Wahlversprechen Ressorts

Die SPÖ hat den Wahlkampf mit populistischen Themen – wie Ausstieg aus dem Eurofightervertrag und Abschaffung der Studiengebühren – gewonnen. Sie konnte damit die links-pazifistische Jugend ansprechen, schließlich sind dort freier Zugang zu den Universitäten und Abschaffung des Bundesheeres wichtige Leitgedanken.

Im Wahlkampf spielte man auch die Kosten der Eurofighter auf acht Milliarden Euro in die Höhe, um die Wichtigkeit eines Ausstiegs dem Wahlvolk vor Augen zu führen und listete auf, was alles mit diesem Geld reformiert und verbessert werden könnte.

Die Wahrheit sieht jedoch etwas anders aus. Erstens kann auf die Luftraumüberwachung aus verschiedensten Gründen nicht verzichtet werden und zweitens belastet der Eurofighter das Budget über 40 Jahre durchschnittlich pro Jahr nur mit ca. 100 Millionen oder 0,05 % des BIP.

Die SPÖ verlor viele Schlüsselressorts aber erhielt das Verteidigungsministerium. Der künftige Verteidigungsminister darf jetzt ausichtslos nachverhandeln und hat im Juni 2007 in Zeltweg das Vergnügen, die ersten vier Eurofighter feierlich in Empfang zu nehmen. Ja, man muß nur die richtigen Prioritäten setzen.

Kurt Gärtner, Wels

Wie gehabt.

Irgendwie sind wir eine echte Bananenrepublik, wenn man sieht, welche Leute in die Regierung kommen. Da wird einer Verteidigungsminister, der selbst ein Wehrdienstverweigerer war. Bevor er dieses Amt antritt, sollte er den Militärdienst absolvieren. Auch eine Bankmana-

gerin ist als Unterrichtsministerin, ganz unterhaltsam. Nur hat sie sicher wenig Ahnung von der Schulpolitik.

Aber das alles macht doch nichts, Hauptsache der Gusi hat sich seinen Kindergartenraum verwirklicht und einige seiner Freunde gut versorgt. Falls diese Personen versagen, was anzunehmen ist, wird es schon gut besoldete Posten irgendwo anders geben. Ex-Minister Gorbach ist jenen sicher ein Vorbild, während man sich als normaler Bürger um die miesesten Jobs bewerben muß. Die Oberen á la Grasser und Gorbach und Co. richten es sich schon. Und das wird noch von den Medien unterstützt, die sich „neutral und demokratisch“ nennen.

Ernst Pitlik, Wien

Verdienen wir diese Politiker?

Angesichts dessen, was auf Bundesebene gerade in puncto Regierungsbildung abblief und abläuft, darf man sich nicht wundern, wenn sich die Menschen in immer größerem Ausmaß „mit Grausen“ von der Politik abwenden! Es wurde ein neues Kapitel der Imageschädigung auf politischem Gebiet aufgeschlagen. Die Zukunft des Landes und der Bevölkerung spielt beim Establishment schon seit langem nur mehr eine untergeordnete Rolle; in der „Reality-Politshow“ läuft alles allein auf zwei Fragen hinaus: Von wem wird das Volk gefinkelter zum Narren gehalten, und wer erlangt welchen Posten? Diese Kritik richtet sich nicht nur an die SPÖ, die ein geradezu desaströses Erscheinungsbild abgibt, sondern genauso an die ÖVP: Ich wette, die Volkspartei hat jetzt schon vor, die Koalition in absehbarer Zeit unter fadenscheinigen Gründen platzen zu lassen, um den von innerparteilichen Querelen gebeutelten So-

zialisten eine dementsprechende Wahlniederlage zuzufügen! Ob das mit Willi Molterer an der Spitze, dem „Ritter von der traurigen Gestalt“, gelingt, möchte ich bezweifeln; auch die Österreicher lernen dazu.

Arno Malik, Günskirchen

Politikverdrossenheit?

Wer miterlebt hat, wie die SPÖ in letzter Minute, oder besser gesagt in letzter Sekunde, Regierungsmitglieder telefonisch rekrutiert hat, wer gesehen hat, welche Kardinalwahlversprechen bereits vor der Angelobung wieder über Bord geworfen worden sind, muß das Chaos dieser Partei einfach zur Kenntnis nehmen.

Es spielt übrigens bei diesen Entscheidungsträgern auch überhaupt keine Rolle, ob beispielsweise ein Wehrdienstverweigerer Verteidigungsminister wird. Die Zeitgeisterscheinungen der Beliebigkeiten zu solchen Entscheidungen oder besser gesagt Duldungen treffen aber nicht nur auf die SPÖ zu. Wer die Vergabe des Innenministeriums genauer verfolgt hat, sah, daß die ÖVP im selben Fahrwasser wie die roten Chaoten ist. Da revoltieren ein Landeshauptmann, der um die Wiederwahl zittert und ein ihm solidarischer Ex-Nationalratspräsident, um halb drei Uhr in der Früh am Vortag der Angelobung um einen Parteigünstling in Stellung zu bringen. Da ist es sogar egal, wenn sie dabei ihren eigenen Bundeskanzler und Parteivorsitzenden und einen Sonnyboy, der als Finanzminister und Vizekanzler ein Kinderspiel mit Gusi gehabt hätte, abschießen. Man kann da nur sagen, das sind die echten (Partei)Freunde!

Für die Österreicherinnen und Österreicher ist dies aber ein Musterbeispiel dafür, daß es diesen Leuten nur um die Macht und die hochbezahlten Posten geht und ihnen an einer seriösen Personalplanung ähnlich wie in einem Unternehmen nicht das Geringste gelegen ist.

Anton Frisch, Kufstein

Die hier abgedruckten Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Über das Thema Gentechnik ließe sich sicherlich seitenweise in einer Zeitung berichten. So schön die Verlockungen von der Perfektion auch sein mögen, so verführerisch der Gedanke sein mag, eine neue (genmanipulierte) Welt zu schaffen, es funktioniert nicht. Es hat einen Grund, daß die Natur nur auf eine gewisse Weise funktioniert, und nicht anders. Derzeit hat es im Bereich der genmanipulierten Lebensmittel keine für den Menschen positive Errungenschaft gegeben. Durch den Pfusch in die Umwelt wurde mehr Schaden als Nutzen angerichtet. Allein schon deshalb muß der Anbau von GVO welcher Art auch immer unterlassen werden.

Und dennoch wird, anstatt, daß der Bio-Bauer gefördert wird, der zudem sehr umweltbewußt agiert, jene

Mehr Schaden als Nutzen von Robert Lizar

Lobby gefördert, die nach der Gentechnik schreit. Und selbst wenn es einmal der Fall sein sollte, daß sich die Genforschung kontrollieren läßt, gibt es dann wirklich nur Vorteile? Kaufen die Menschen mehr ein als vorher? Jene, die denken, sie würden durch den gesteigerten Ertrag von Lebensmitteln profitieren, täuschen sich. Überproduktion läßt sich eben nicht verkaufen. Ein neuer wirtschaftlicher Kreislauf entsteht, dessen Folgen nicht annähernd abschätzbar sind.

Forschung an sich ist nichts Schlechtes. Wer weiß, ob Ergebnisse der Gentechnik einmal dazu dienen, um Krankheiten zu heilen. Derzeit wird z.B. an Hühnern geforscht, deren Eier ein Anti-Krebs-Mittel enthalten. Die Forschung muß jedoch streng kontrolliert sein. Kurz gesagt: Forschung JA, Einsatz NEIN. Der derzeitige Mißbrauch bei der Gen-Nahrung, der dazu führt, daß Existenzen in die Abhängigkeit getrieben oder ruiniert werden, ist ein Riegel vorzuschieben. Und da bedarf es eines starken Widerstandes aus allen politischen Richtungen nicht nur aus der FPÖ. Wo sind da die Grünen?

Risiko GENTECHNIK

Einmal außer Kontrolle nicht mehr umkehrbar!

Gemüse, das gegen sämtliche Schädlinge resistent ist, damit es eine ertragreiche Ernte gibt. Das ist der Wunsch so manch eines Landwirts, dem viel an seinem Profit liegt. Vielleicht noch jede Gemüsesorte in allen Farbvariationen, das wäre auch nicht schlecht. So z. B. auch Tomaten, wie Tennisbälle, die wenn man sie auf den Boden klatscht, wieder in die Höhe springen. Der Phantasie soll eben keine Grenzen gesetzt werden. Was die Natur von sich aus nicht geschaffen hat, nimmt nun so mancher Mensch in die Hand. Und in den USA wurde fleißig in diese Richtung geforscht. Nicht umsonst ist Amerika bekannt als Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Wie Götter gebärden sich Wissenschaftler, um alle möglichen Gene zu entschlüsseln, damit – im Sinne der Allgemeinheit – mit Hilfe der Gentechnik Produkte geschaffen werden, die sich durch „besondere Vorzüge“ auszeichnen. Das Klonen von Tieren ist nur ein weiterer Schritt dieser Ergebnisse.

Gennahrung ist giftig

Doch was so schön klingt, bringt leider auch jede Menge beträchtlicher Probleme mit sich. So gut wie Gott ist es nämlich den Forschern bei weitem nicht gelungen, die Welt zum Besseren zu verändern. Im Gegenteil: Zwar ist es gelungen im Bereich der Nahrungs-

mittelindustrie Saatgut gentechnisch zu verändern. Doch bei

Ex - per i - menten stellte sich heraus, daß die Nahrung zwar ihre neue Eigenschaft erfüllt; aber bei Tierversuchen stellte man fest, daß jene Tiere, die mit GVO (Gentechnisch veränderter Organismen) gefüttert wurden, Mißbildungen aufweisen und früher sterben, als jene Artgenossen, die mit normaler Nahrung gefüttert wurden. Mittlerweile gibt es auch menschliche Versuchskaninchen, obwohl viele es von ihnen nicht wissen und auch gar nicht wollen.

Vorreiter sind einmal mehr die USA. Einige Wissen-

Gene“ entschlüsselt. Die Folge davon ist Saatgut, das zwar gedeiht sich aber nicht fortpflanzt. Das heißt nichts anderes, als daß neues Gen-Saatgut gekauft werden muß. Jene Händler geben vor, ein Saatgut zu besitzen, daß gegen alles mögliche resistent ist. Somit treiben sie Bauern in eine Abhängigkeit aus der es keinen Ausweg gibt.

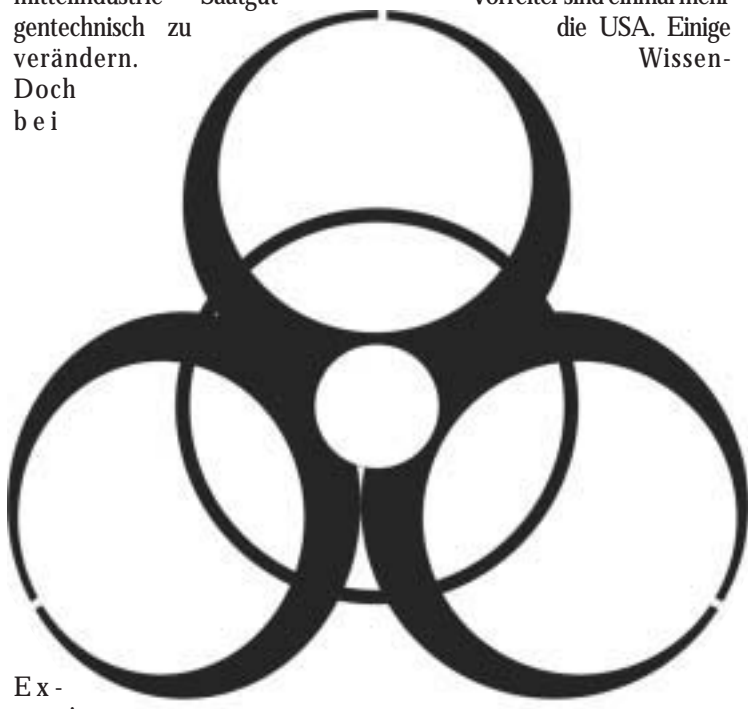
EU als Gen-Lobby

Und mit der EU haben Gentechnik-Befürworter einen förderlichen Partner. Während sämtliche Initiativen, die vor Gentechnik warnen finanziell leer ausgehen, wird die Gentechnik forciert. Das Genmais-Importverbot Österreichs konnte sich in der EU noch halten. Weitere Anläufe dagegen kommen sicher. Als „Weihnachtsgeschenk“ gab es zumindest die „EU-Bioverordnung“, die besagt, daß in Bio-Nahrung 0,9% Gentechnik enthalten sein darf. Bereits schon einmal ist in Österreich ein Fall von Gentechnik-Reis aufgetreten. Es ist zu befürchten, daß Lebensmittel, die gentechnisch verseuchte Zutaten aufweisen, weiterhin in Österreichs Supermarktregalen stehen.

Ein Anbau wie von Genmais, ist nicht ungefährlich. Vermischt er sich mit herkömmlichen Mais können die Felder nur noch verbrannt werden. Denn im Gegensatz zu ABC-Waffen (atomar, biologisch, chemisch) ist die Natur nicht instande sich gegen die Gentechnik zu wehren. Der Prozeß ist nicht umkehrbar. Zahlreiche Initiativen, wie die Plattform „Pro Leben“ warnen seit Jahren. Sie haben lediglich die Unterstützung der FPÖ. Genügt es nicht, daß der Mensch in Kriegen sich selbst vernichtet, er vernichtet die Natur auf immer und ewig...

Robert Lizar

>>>Informationen zu „Pro Leben“ auf www.proleben.at



schaffter sind überzeugt, daß die Fettleibigkeit, die bei den meisten Amerikanern unübersehbar zum Vorschein kommt, nicht nur das Ergebnis von „Fast-Food“-Essen ist. Verantwortlich sollen die gentechnisch veränderten Inhalte sein.

Abhängig von „Terminator-Genen“

Die USA machen übrigens auch über ihre Grenzen nicht halt. Vor allem nach militärischen Auseinandersetzungen in einem anderen Staat, wo nicht nur die Infrastruktur der Städte zerbombt, sondern auch Felder mit Napalm oder Schlimmeren in Brand gesetzt wurden, wurde die Bevölkerung mit Gensaat zwangsbeglückt. Trotz der vielen Gefahren eine Praxis, bei der jene, sprich die Lobbyisten in der Genindustrie ihre Freude haben.

Doch es geht noch einen Schritt weiter. Forscher haben „Terminator-



FPÖ und Initiative „Pro Leben“ begrüßen Genmais-Importverbot aber warnen weiter vor dem Anbau gentechnisch manipulierter Lebensmittel. Die EU plant weitere Anläufe.

„Prototo“ – und das Leben wird günstiger!

■ „Mehr fürs Geld, mehr vom Leben!“, unter dieser Zielsetzung wurde der Verein „PROTOTO – Leben & Wohnen“ gegründet. Eine noch nie dagewesene Verbraucherplattform (pro toto = „für alle“), die mit Beginn 2007 die Pforten geöffnet hat. Und so einfach geht es: Jedes Mitglied erhält eine Karte, die dazu berechtigt, bei allen Partnerunternehmen mit Vergünstigungen einzukaufen.

Schon bereits jetzt gibt es eine Palette von Unternehmen.

Angefangen von Bekleidung, Gastronomie, Immobilien, Reisebüros und sogar Werbeagenturen konnte der Verein Prototo als Partner gewinnen. Über die Internetseite

www.prototo.at im Bereich „Karte“ sind alle Partnerunternehmen zu finden, die im Gegenzug für ihre Rabatte auf der Internetseite ihre Angebote bewerben dürfen. Und es werden immer mehr! „Prototo“ steht noch am Anfang, doch die Mitarbeiter sind unermüdlich unterwegs um mit neuen Partnerunternehmen Rabatte auszuverhandeln.

Das ist jedoch bei weitem noch nicht alles! Mitglieder von „Prototo“ sollen sehr bald schon über die Internetseite eine Bewertung über ein Produkt vornehmen dürfen. Wie gut ist das

Preis/Leistungsverhältnis? Stimmen die versprochenen Produkte ab?

Wie gut ist der Service des Herstellers? Zu solchen Fragen und anderen wird jedes Mitglied von Prototo

seine persönliche Meinung abgeben können, von der nicht nur die anderen Mitglieder sondern auch die Partnerunternehmen profitieren können. Selbes Prinzip gilt auch für die Unternehmensbewertung.

Im Bereich „Info-Ecke“ will „Prototo“ Wissenswertes über viele Themen (z.B. Gesundheit, Versi-

cherungen, rechtliche Belange) zur Verfügung gestellt. Mitglieder können Fragen stellen, die von Experten beantwortet werden.

Bei der eingerichteten Tauschbörse können kostenlos Anzeigen geschaltet werden. Tauschen, verschenken, verkaufen oder kaufen und Kontakte knüpfen ist hier möglich.

Ist „Prototo“ stark genug gewachsen soll mit Großunternehmen (wie Stromlieferanten) über Preisreduktionen oder die Gewährung von Großkundenkonditionen verhandelt werden. Alles was hier erreicht wird, kommt soll zur Gänze den Mitglieder zu Gute kommen.

Robert Lizar

>>> Wenn Sie bei „Prototo“ als Mitglied und/oder Partnerunternehmen mitmachen wollen, wenden sich an untenstehende Info-Nummer.



23. Kornblumenball der FPÖ Hollabrunn

Samstag, 20. Jänner 2007

im Gasthaus Müll

in Immendorf

Beginn: 20 Uhr

Eintritt: Vorverkauf 5 Euro

Abendkasse 6 Euro

Ehrenschatz haben u.a.

NAbg. Barbara Rosenkranz und

NAbg. Leopold Mayerhofer

Kontakt: 0676 57 10 763

prototo

Prototo sucht Mitarbeiter!! Arbeiten Sie mit uns in einem engagierten Team!!
Seien Sie bei der Entstehung einer großartigen Sache mit dabei!! >>> Gute Bezahlung!!

INFO-Nummer: +43 650 888 78 87

AUTO Verkauf



Chrysler Grand Voyager LTD

Technische Daten:

Diesel, 2776 ccm, 110 kw, Automatic, Vollausrüstung

Verkaufspreis: 15.000.-€

graumetalic
Sitzplätze:7
Erstzulassung:
Juli 2004
KM-Stand: 90000
inkl. Winter u.
Sommerbereifung

Kontakt:

>>> Tel: 01-4067517

>>> per mail:

autoverkauf@fpoe.at

RIEDER

Aschermittwoch

Mittwoch, 21. Feb. 2007

Einlass: 17.30 Uhr, Beginn: 19.00 Uhr
Jahnturnhalle Ried im Innkreis

Veranstalter: FPÖ (Ried / OÖ / Bund)

BEGRENZTE TEILNEHMERZAHL
PLATZKARTEN BESORGEN!

Kartenbestellung im FPÖ-Büro Ried i.l.
Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr
Tel. 077 52/82 817, bezirk-ried@fpoe.at
oder in der FPÖ-Landesgeschäftsstelle

FPÖ

Stadttheater Baden: Angenehme Nostalgie-Kur

Fritz Kreislers „Sissy“ läßt die Herzen von Monarchisten höher schlagen

Ohne jeden Zweifel hat die Leitung des Stadttheatres Baden das Richtige getan, als man sich entschloß Fritz Kreislers Operette – oder soll man sagen Singspiel – auf den Spielplan zu setzen. Dazu holte man sich den in München lebenden, aber in Wien geborenen und ausgebildeten Regisseur Peter M. Preißler, der für diese Geschichte das notwendige Gespür mitbrachte, und dabei nicht vergaß, den letztlich traurigen Ausgang dieser „Love-Story“ aus dem Auge zu verlieren. Thomas Pekny lieferte dazu die goldrichtig passende Ausstattung, die schon allein durch den stilisierten Käfig, der die Bühne stets umgab, die Ausweglosigkeit der naturliebenden bayerischen Prinzessin Elisabeth andeutete. Auch aus dem Orchestergraben kamen unter der Leitung von Oliver Ostermann die entsprechend

melancholischen Töne. Das damalige Traumpaar wurde von Katja Reichert (Sissy) und Jörg-

Tim Wilhelm (Franz Josef II.) ideal verkörpert. Daneben gibt es eine große Zahl weiterer (teils

historischer) Rollen, für die u.a. auch das Burgtheater mit Helma Gautier (Erzherzogin Sophie) und Lotte Ledl (Herzogin Ludovika) seinen ausgezeichneten Beitrag leistete. „Abräumen“ konnten weiters Wolfram Kunkel (Herzog Max), Tibor Szolnoki (Oberst von Károlyi) und Rollie Braun (Baron Hrdlicka). Das zweite Liebespaar war mit Tanja Watzinger (Prinzessin Helene) und Alexander Kaimbacher (Prinz Thurn und Taxis) adäquat besetzt, was auch für Claudia Dallingler als Mizzi Huber gilt. Daß die Herzen von Monarchisten – und davon gibt es in Baden sicher nicht wenige – höher schlugen, das bewies der überaus starke und dankbare Beifall. **w.s.**



Jörg-Tim Wilhelm (Franz Joseph II.) und Katja Reichert (Sissy).

Nächste Vorstellungen am 27. und 28. Jänner, sowie vom 8. bis 11. Februar. Karten: 02252/ 48 547.

Freie Bühne Wieden: „Als wär´s ein Stück von ihm ...“

Eine Schnitzler-„Biographie“ von Gerald Szyszkowitz uraufgeführt

Der Direktor der Freien Bühne Wieden, Gerald Szyszkowitz, wagte ein Experiment: er unterlegte Schnitzlers „Komtesse Mizzi“ einer fiktiven Biographie des Autors, so daß man im Umkehrschluß annehmen könnte, Schnitzler hätte persönliche Erfahrungen für eben diese „Komtesse Mizzi“ verwendet. Und siehe da, die Rechnung geht voll auf, zumal der Regisseur Szyszkowitz ein hinreißendes Ensemble zur Verfügung hat, das alle Rollen optimal abzudecken imstande ist, womit dem als sicher anzunehmenden Erfolg von „Arthur Schnitzlers Fanny“ – so der Titel des neuentstandenen Werks absolut nichts im Wege steht. Der Bühnenbildner Szyszkowitz kommt dabei immer mit minimalsten Andeutungen bestens zu Rande, unterstützt von geschmackvollen Kostüme, für die

Gabi Weninger verantwortlich zeichnet. Musikalisch wird der Abend von Judith Lang und Armin Luttenberger getragen, die

Auszüge aus der Fünften Symphonie Gustav Mahlers vierhändig zum Besten geben. Die Titelrolle (Fanny Lawner, geb.

Reich) wird von Michaela Ehrenstein hingebungsvoll verkörpert. Bei Christian Ghera als Arthur Schnitzler ist allein schon die Maske verblüffend, abgesehen von seiner wie immer bewährten Persönlichkeit. Als seine Frau Olga (Gußmann) begeistert Julia Resinger. Michael Duregger als Pianist Wilhelm Groß und Maria Schuchter als Fannys Tochter Sissy runden die tolle Ensembleleistung kongenial ab.



Christian Ghera (Arthur Schnitzler) und Michaela Ehrenstein (Fanny).

Insgesamt ist es immer wieder erstaunlich, mit welchen Mitteln es Gerald Szyszkowitz stets gelingt, mit seinen gekonnt geschriebenen Stücken, das Interesse und die Neugier des Publikums wachzuhalten, denn auch in diesem Falle fand die Aufführung – und das in durchaus berechtigter Weise – begeisterte Zustimmung. **w.s.** Vorstellungen bis 3. Feb. tägl. außer So. u. Mo. Karten: 0664/372 32 72.

Buchverkauf

Die 9. Todsünde

Die Auswirkungen der
Frankfurter Schule

>>> Jetzt
NEU



15,-€

**Zu beziehen über die
Freiheitliche Akademie**
Theobaldgasse 19/4 1060 Wien
Tel.: 01/512 35 35

**Freiheitliche
Akademie**
Das Bildungswerk